

Stadtratsfraktion
Nürnberg**SPD**

RATHAUS DEPESCHE

INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

Mehr über unsere Arbeit auf: www.spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de oder facebook: SPD Nürnberg

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser
der Rathausdepesche,

Corona ist eine Zeitenwende und wird die Gesellschaft nachhaltig verändern. Es wird wohl keine Rückkehr zu der Normalität geben, die wir Anfang 2020 verlassen haben. Bei manchen Entwicklungen müssen wir gegensteuern, andere kann man sogar positiv nutzen. Darüber braucht es eine breite Debatte in der Stadt.

Ein Beispiel: das Homeoffice. Viele wünschen sich eine Rückkehr in ihren Büroalltag im Kreis der Kolleg*innen. Viele haben aber auch Gefallen daran gefunden, mehrere Tage zuhause zu arbeiten und damit die zeitraubende Pendelei ins Büro zu vermeiden. Pro Beschäftigten ein Schreibtisch – das ist in großen Unternehmen deshalb ein Auslaufmodell.

Wird das Auswirkungen auf die Stadtplanung haben? Brauchen wir zukünftig weniger Büroflächen, weil Unternehmen diese reduzieren? Müssen wir im Gegenzug mit einer Vergrößerung von Wohnflächen rechnen, weil mehr und mehr Menschen zuhause ein eigenes Arbeitszimmer haben wollen?

Für die SPD ergeben sich solche Fragestellungen quer durch fast alle gesellschaftlichen Bereiche. Wir sollten diese Entwicklungen gründlich analysieren, politisch gestaltend eingreifen und gemeinsam neue Antworten auf sich verändernde Rahmenbedingungen geben.

Ihr

Thorsten Brehm
SPD-Fraktionsvorsitzender

Soziale Nachschärfung der Nürnberger Corona-Strategie

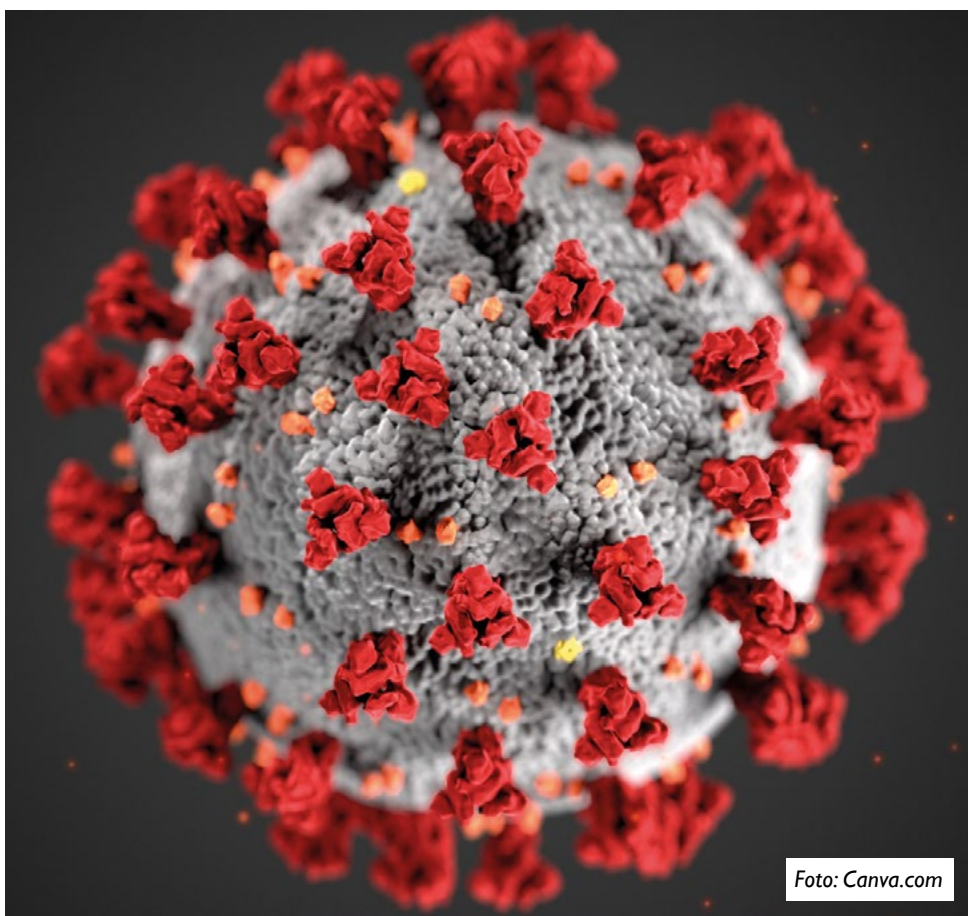


Foto: Canva.com

Nürnberg ist eine dicht besiedelte Stadt. In entsprechend hochverdichteten Stadträumen leben die Nürnberger*innen deshalb leider überdurchschnittlich häufig in kleinen Wohnungen bzw. beengten Wohnverhältnissen. Des Weiteren zeichnen sich die betroffenen Stadtteile mehrheitlich durch Arbeitsstrukturen aus, die nur sehr schwer oder kein Home-Office gestatten. Zudem sind in den eng besiedelten Teilen Nürnbergs meist aufgrund historisch gewachsener Baustruktur, wenig bis kaum öffentliche Frei- und Grünflächen vorhanden, die das alltägliche Leben und die Wege der Menschen vor Ort räumlich entzerren könnten.

Aus den genannten Gründen werden den dort lebenden Bürger*innen notwendige Kontaktreduzierungen, die Nutzung von Home-Office sowie Möglichkeiten für (Selbst-) Isolation im Falle von Corona-Quarantäneregeln massiv erschwert.

Aus unserer Sicht müssen deshalb dringend im Zuge der Corona-Bekämpfung vor Ort verstärkt Angebote für Corona-Tests, Impfangebote und Quarantänemöglichkeiten geschaffen werden. Die durch das Gesundheitsamt kürzlich veröffentlichten stadtteilbezogenen Corona-Daten bestätigen die Vermutungen, die wir als SPD-Fraktion >>

bereits früh hatten: Besonders dicht besiedelte Stadtteile sind verstärkt von der Pandemie betroffen. Um die Frage der Gesundheit nicht zu einer sozialen Frage verkommen zu lassen, haben wir die Stadtverwaltung per Antrag dazu aufgefordert, für die betroffenen Stadtgebiete folgende Maßnahmen zu prüfen und umzusetzen:

- > den Einsatz von sog. „Impfmobilen“ sowie die Einrichtung von dezentralen Impfstationen vor Ort (z.B. in Einkaufszentren),
- > Unterstützungsmöglichkeiten für den verstärkten Ausbau von Impfangeboten durch die ansässigen Hausärzte vor Ort,
- > die Einrichtung von sog. „Fieberhotels“, die Bewerbung Nürnbergs als entsprechende Modellregion inkl. zugehöriger Finanzierungsprogramme des Freistaats Bayern und den Krankenkassen,
- > die Erweiterung von stationären Corona-Testmöglichkeiten (Testzentren) vor Ort.

Dabei sollte nicht die Angst vor einer Stigmatisierung von Bewohner*innen einzelner Stadtgebiete vorherrschen, sondern stattdessen die Hoffnung auf Solidarität mit den Schwächeren in unserer Stadtgesellschaft.



Weitere Informationen: Thorsten Brehm; Diana Liberova; Jasmin Bieswanger; spd@stadt.nuernberg.de

Impressum

Herausgeber:

SPD Unterbezirk Nürnberg
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

Verantwortlich:

Thorsten Brehm

Redaktion:

Michael Arnold, Thorsten Brehm

Grafische Gestaltung:

Michael Graf

E-Mail: spd@stadt.nuernberg.de

Tel: 0911 - 2312906

Fax: 0911 - 2313895

Stadtratsfraktion
Nürnberg

SPD

Wohnungsnot bekämpfen: Neue gesetzliche Möglichkeiten nutzen



Foto: Canva.com

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist eines der großen sozialen Probleme in unserer Stadt. Als SPD-Fraktion ist es uns deshalb ein großes Anliegen hier mit allen Mitteln weiter gegenzusteuern. Genau dafür will der Bund nun per Gesetz den Kommunen mehr rechtliche Möglichkeiten und Spielräume geben. Das sog. „Baulandmobilisierungsgesetz“ will unter anderem das Vorkaufsrecht der Kommunen stärken und sieht für diese mehr Mitspracherecht beim sozialen Wohnungsbau vor. Der Spekulation mit Bauland soll ein Riegel vorgeschoben werden. Das Geschäftsmodell, nach dem ganze Mietshäuser in Einzeleigentumswohnungen umgewandelt werden, soll mit dem Gesetz gestoppt werden.

Angesichts des massiven Mangels an bezahlbarem Wohnraum in unserer Stadt ist es aus Sicht der SPD-Fraktion unbedingt notwendig, sich zeitnah mit der Nutzung dieser neuen Möglichkeiten zu beschäftigen. In Nürnberg befinden sich einige Gebiete, die aufgrund des dort angespannten Wohnungsmarktes für die neuen Regelungen in Frage kommen. Ein sinnvoller Schwerpunkt kann hierbei ggf. die Möglichkeit der Festlegung von sektoralen

Bebauungsplänen für sozialen Wohnungsbau sein.

Aus diesem Grund verlangen wir von der Stadtverwaltung eine konkrete Übersicht zu den Chancen und Möglichkeiten des Baulandmobilisierungsgesetzes. Zudem soll die Verwaltung darlegen, wo im Stadtgebiet genau durch das Gesetz neue Regelungshandhabung entsteht und darauf basierend eine entsprechende Priorisierungsübersicht vorlegen. Grundsätzlich wollen wir, dass die Verwaltung schon jetzt die Anwendung der neuen gesetzlichen Handhabung konkret vorbereitet.

Derzeit plant die CSU das Gesetz gegen ihren zuständigen Bundesminister Seehofer im Bundesrat noch zu Fall bringen. Diesem Vorhaben stellen wir uns entschieden entgegen, denn es wäre ein Schlag ins Gesicht für alle Städte und Gemeinden und auch für all diejenigen, die in Nürnberg bezahlbaren Wohnraum suchen.

Weitere Informationen:
Fabian Meissner;
spd@stadt.nuernberg.de



Kommunales Nachhilfeprogramm für Kinder und Jugendliche in Nürnberg

Das laufende Schuljahr fand und findet für die allermeisten Schüler*innen aufgrund der Corona-Pandemie leider zum größten Teil im Distanzunterricht statt. Je nach Qualität des Unterrichts kommen die betroffenen Kinder und Jugendlichen damit unterschiedlich zurecht. Derzeit kann noch niemand genau erklären oder beziffern welcher bildungspolitische Schaden hier langfristig durch diese Art der Beschulung entsteht und bereits entstanden ist. Lehrverbände schätzen aber, dass bei bis zu 25 % der Schüler*innen mit signifikanten Bildungslücken zu rechnen ist, die sie auch perspektivisch allein und parallel zur Schule nicht schließen werden können. Unser Ziel muss es daher sein, Bildungsgerechtigkeit wiederherzustellen und dafür in Nürnberg jetzt konkrete Angebote zu schaffen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Kinder und Jugendliche abgehängt werden und zurückbleiben.

Das Bundesbildungsministerium stellte kürzlich „Bildungsmilliarde(n)“ für Schüler*innen-Nachhilfeprogramme mit bspw. Pensionist*innen und Student*innen in Aussicht. Nürnberg bietet mit ansässigen Lehramtsstudent*innen, pensionierten Lehrkräften und vielen engagierten Freiwilligen die Möglichkeit, sinnvolle Nachhilfeprojekte kommunal aufzusetzen. Dieses Potential muss aus unserer Sicht dringend genutzt



Foto: Canva.com

werden, denn es geht dabei um unsere Kinder und die Zeit läuft.

Wir wollen, dass für Nürnberg ein kommunales Konzept für Nachhilfeprogramme zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aller Schularten aufgesetzt wird. Dabei wollen wir auch mögliche Verzahnungen und Koope-

rationen mit bestehenden Angeboten von Träger*innen der hiesigen Bildungslandschaft einbeziehen und entsprechende (Bundes-) Fördermittel in Nürnberg nutzen.

Weitere Informationen:
Claudia Arabackyj;
spd@stadt.nuernberg.de



Sicheres Nürnberg

In der Mai-Sitzung des Stadtrates wurden die Sicherheitsberichte der Polizei und der Stadt Nürnberg für 2020 diskutiert. Die gute Nachricht der Polizei: In Nürnberg lebte man 2020 noch sicherer. Weniger Straftaten und eine höhere Aufklärungsquote wurden festgestellt. Dabei geht die Polizei davon aus, dass kein Einmal-Effekt aufgrund der Corona-Pandemie vorliegt. Die Entwicklung verbessert sich nämlich schon seit mehreren Jahren. Besonders erfreulich: der Rückgang bei den Drogentoten und der Kinderdelinquenz. Deutlich stärker gefordert als im Vorjahr waren die Einsatzkräfte hingegen anlässlich zahlreicher Versammlungen. Auch die Treffen von sog. „Autoposern“ hielten die Polizei auf Trab. Die Stadt berichtete über die abgestimmten Maßnahmen, die im Rahmen des Sicherheitspakts von Stadt und Polizei sowie im AK Sicherheit und Sauberkeit vereinbart wurden. Der Außendienst der Stadt Nürnberg hat sich weiter etabliert und wird von den Bürgerinnen und Bürgern als Ansprechpartner sehr geschätzt. Die Stadt hat ihre Möglichkeiten verbessert, Missstände im Stadtge-



Foto: Canva.com

biet zu verbessern und das Stadtrecht durchzusetzen. Angriffe auf den Außendienst gab es erfreulicherweise nicht. Anders das Bild im Hauptbahnhof: Hier haben insbesondere Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte die Statistik nach oben getrieben. Passantinnen und Passanten sind von Straftaten am Hauptbahnhof jedoch nur selten betroffen. Große Betroffenheit löste im Stadtrat aus, dass Einsatzkräfte der Polizei, aber auch von Rettungsdiensten und Feuerwehr immer häufiger angefeindet und teils sogar

angegriffen werden. Derartige Vorfälle verteilen wir zutiefst. Für unsere Sicherheitspolitik gilt weiterhin: Nur im abgestimmten Vorgehen zwischen Polizei und Stadt und nur im Zusammenspiel von Ordnungsrecht und sozialen Maßnahmen kann eine gute Sicherheitslage erreicht werden. Darauf achten wir als SPD-Stadtratsfraktion besonders.

Weitere Informationen:
Dr. Ulrich Blaschke;
spd@stadt.nuernberg.de



Aktionsplan gegen Antisemitismus entwickeln und umsetzen

Derzeit erleben wir weltweit und leider auch in Deutschland ein Erstarken des Antisemitismus. Auch in unserer Stadt sind entsprechend diskriminierende Haltungen wieder mehr und mehr im öffentlichen Raum sichtbar und hörbar. Wir wollen uns im Sinne einer friedlichen und offenen Gesellschaft deshalb klar gegen jede Form von Antisemitismus stellen. Als Stadt des Friedens und der Menschenrechte und aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit Nürnbergs tragen wir hierfür eine besondere Verantwortung.

Bereits 2014 hat die SPD-Stadtratsfraktion bei der Stadtverwaltung einen städtischen „Aktionsplan gegen Antisemitismus“ beantragt, dessen Zielrichtung und Aktualität bis heute nichts verloren hat. Dieser wurde bis-

her nicht auf den Weg gebracht, ist jedoch leider weiterhin dringend geboten – auch und besonders aufgrund der aktuellen Ereignisse. Die gute und klare Positionierung des Stadtrats in seiner kürzlich verabschiedeten Resolution zu jüdischen Leben in Nürnberg unterstreicht die Verantwortung der Stadt für das entschlossene Handeln gegen jede Form von Antisemitismus in Nürnberg.

Wir wollen, dass die Verwaltung nun den entsprechenden Aktionsplan erarbeitet und dafür konkrete Umsetzungsschritte vorlegt. Dabei sollen insbesondere pädagogische Konzepte für schulische und non formale Bildung entstehen, Implementierungsstrategien für Projekte in Kooperation mit den Jugend- und Sportverbänden sowie niedrig-

schwellige Schulungsmöglichkeiten ausgearbeitet werden. Bei der Erstellung und der Umsetzung des Plans muss die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure und der jüdischen Gemeinschaft Nürnberg sichergestellt sein. Um weitere moderne Konzepte gegen Antisemitismus einzubeziehen, soll zudem ein Schwerpunkt auf bundesweite Akteursvernetzung gelegt werden. Für die Maßnahmen wird auch die Beantragung von Drittmittelfinanzierungen – vor allem durch Förderungsmöglichkeiten von Bund und Land – in Betracht gezogen.

Weitere Informationen:
Diana Liberova;
spd@stadt.nuernberg.de



SPLITTER AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTEILEN

NATURSCHUTZWACHT AUFSTOCKEN

Stadtwachstum und Corona-Pandemie führen zu einer verstärkten Nutzung der Landschafts- und Naturschutzgebiete im Stadtgebiet durch verschiedene Freizeitaktivitäten der Nürnberger*innen. Leider geht diese erfreuliche Entwicklung auch mit zunehmender Vermüllung der Schutzgebiete, einer häufigeren Missachtung von Wegeboten, widerrechtlichen Betreten in den Schonzeiten und nicht gestatteten Lagern und Campieren einher. Um unsere Natur zu schützen und weiter für alle zugänglich zu erhalten, fordert die SPD-Fraktion deshalb gemeinsam mit CSU und Grünen die Aufstockung der ehrenamtlichen Naturschutzwacht auf mindestens 20 Mitarbeiter. Damit soll eine intensivere Betreuung der Landschafts- und Naturschutzgebiete im Stadtgebiet sichergestellt werden.

BESSERE AUSSTATTUNG DER KINDERSPIELPLÄTZE

Wir wollen, dass die in die Jahre gekommene Nürnberger „Kinderspielplatzsatzung“ überarbeitet und entsprechend aktueller Herausforderungen angepasst wird. Seit diesem Jahr bestehen für die Stadt Nürnberg hierfür neue rechtliche Möglichkeiten, die aus unserer Sicht im Sinne von Kindern, Jugendlichen und Familien genutzt werden sollten. Es ist deshalb wichtig neue Rahmenbedingungen zu schaffen und u.a. bei Normung, Qualität der Spielgeräte, Eingrünung, Primat „Spielplatz vor Stellplatz“ sowie Nachhaltigkeit der Nutzung konkrete Verbesserungen für die Ausstattung von Spielplätzen zu ermöglichen.

MEHRSPRACHIGE ÖFFENTLICH- KEITSKAMPAGNEN FÜR CORONA-IMPFUNGEN

Zur Bekämpfung der Corona-Pandemie ist das Fortkommen und die Akzeptanz des Impfens von zentraler Bedeutung. Um dies zu erreichen müssen alle Bürger*innen ausreichend informiert, gut aufgeklärt und weiterhin sichtbar zur Impfung aufgerufen werden. Hierfür sollte niedrigschwellig und nachvollziehbar kommuniziert werden, um die Akzeptanz der Impfung weiter zu steigern. Dafür muss auch die Vielsprachigkeit unserer Stadt berücksichtigt werden. Wir wollen deshalb, dass die Stadt Nürnberg, gemeinsam mit externen Partner*innen, eine mehrsprachige Impfkampagne für den ÖPNV, auf öffentlichen Flächen und in hochfrequentierten Einkaufszentren entwickelt. Mit der Aufhebung der Impfpriorisierung, sollen zudem breit sichtbare und mehrsprachige, städtische „Aktionstage zur Corona-Impfung“ erfolgen.

ENTWICKLUNG DES GEWERBEGEBIETS SCHMALAU-OST

Das geplante Gewerbegebiet Schmalau soll zu einem Zentrum für Handwerk und Mittelstand werden. Durch dessen Erweiterung östlich der Wiesbadener Straße hat die Stadt die Möglichkeit, auf eigenen Grundstücken neue Betriebsansiedlungen zu ermöglichen. Die SPD-Stadtratsfraktion plädiert dafür, das Areal im Rahmen einer eigenen Projektgesellschaft zu entwickeln und Unternehmen im Erbbaurecht zu überlassen. Zudem soll dort endlich ein Gewerbehof errichtet werden. Ziel muss es dabei sein, diese positiven Entwicklungsimpulse auch auf die Schmalau-West ausstrahlen zu lassen um dort ebenfalls zu einer Aufwertung zu kommen.

DENKMAL AM NÜRNBERGER HAUPTMARKT

Wir wollen, dass geprüft wird, ob und wie der bewegten Geschichte des Hauptmarkts als zentraler Ort Nürnbergs gedacht werden kann. Hierfür sollen verschiedene Möglichkeiten in Betracht gezogen werden, z.B. ein erklärendes Online-Angebot im Netz, die Installation einer Stele oder eine Gedenktafel vor Ort. Aufgrund der historisch zugehörigen Bedeutung soll dabei auch das angrenzende Platzumfeld mit einbezogen werden, z.B. in Zusammenhang mit laufenden Planungen zur Neugestaltung des Obstmarkts. Dabei soll nicht nur auf ein einzelnes Ereignis hingewiesen, sondern ein Fokus auf die Vermittlung diverser komplexer historischer Zusammenhänge gelegt werden.

LADESTATION FÜR E-BIKES UND ON DEMAND BUSVERKEHRE

Im Zuge klimafreundlicher Gestaltung der städtischen Verkehrspolitik wollen wir auch die Nutzung von E-Bikes und Pedelecs erleichtern. Deshalb plädieren wir für die Installierung einer Ladestation in Nürnberg. Diese sollte möglichst zentral positioniert werden, da das Nachladen vor allem für Touristen, die über die Fernradwege anreisen, oder für Besucher*innen der Innenstadt von Bedeutung ist. Zudem wollen wir gemeinsam mit VAG und Taxiunternehmen die Möglichkeit eines „On-Demand-Busverkehrs“ mit digitaler Steuerung schaffen. Damit können derzeit noch unrentable Strecken im ÖPNV-Gebiet geschlossen und Fahrten außerhalb der bisherigen zeitlichen Taktung ermöglicht werden.